



Staatskanzlei
Amt für Kommunikation

Postgasse 68
Postfach
3000 Bern 8
+41 31 633 75 91
kommunikation@be.ch
www.be.ch

Medienmitteilung des Regierungsrates vom 16. Oktober 2025

Regierungsrat gibt grünes Licht für die Fusion von UPD und PZM

Der Regierungsrat hat an seiner Sitzung vom 15. Oktober 2025 der Fusion der Universitären Psychiatrischen Dienste Bern und des Psychiatriezentrums Münsingen auf den 1. Januar 2026, spätestens auf den 1. Januar 2027, zugestimmt. Damit wird eine qualitativ hochstehende, integrierte psychiatrische Versorgung gesichert. Die UPD hat sich seit der Neubesetzung ihrer Führung stabilisiert und weist im ersten Halbjahr 2025 einen positiven Geschäftsgang aus, wodurch die Voraussetzungen für die Fusion gegeben sind. Als nächstes sind Entscheide zu Versorgung, Standorten und Infrastruktur sowie deren Finanzierung nötig.

Bereits seit 2024 haben sich die Universitären Psychiatrischen Dienste AG (UPD) und die Psychiatriezentrum Münsingen AG (PZM) eng aufeinander abgestimmt und die Schlüsselpositionen in den Verwaltungsräten identisch besetzt. Auch die operative Zusammenarbeit wurde intensiviert (z.B. Ernennungen eines gemeinsamen Direktors Finanzen und einer gemeinsamen HR-Direktorin). Weitere Synergie- und Effizienzpotenziale (wie gemeinsame IT, Qualitätsmanagement und Personalpool) können aber erst nach der rechtlichen Fusion der beiden Unternehmen realisiert werden. Ebenfalls vorgesehen ist, dass das fusionierte Unternehmen unter neuem Namen auftreten wird.

Nächster Schritt für die gemeinsame Zukunft

Die rechtliche Fusion der Unternehmen ist Grundlage für die Fortsetzung der anstehenden Arbeiten. Damit können die Entscheide zur Ausschöpfung des Synergiepotenzials in den Bereichen Versorgung, Ambulantisierung, Immobilien, Digitalisierung und Services getroffen werden.

Der Regierungsrat hat zur Kenntnis genommen, dass mit der Fusion Beiträge für die Finanzierung der Umstrukturierung, Darlehen, Bürgschaften und eine Kapitalerhöhung verbunden sein werden. Er wird dem Grossen Rat ein entsprechendes Geschäft vorlegen.

Bereits heute sind die Verwaltungsräte von PZM und UPD identisch besetzt, was den Prozess der Annäherung beider Unternehmen begünstigt hat. Künftig wird die fusionierte Gesellschaft von einem Verwaltungsrat geleitet, dessen Zusammensetzung sich an den Anforderungen eines universitären Psychiatrischospitals und des Eigners orientiert. Die Geschäftsleitung wird die operative Führung übernehmen. Die Strukturen der beiden bestehenden Gesellschaften werden in eine integrierte Organisation überführt werden.

Starke Psychiatrie für den Kanton Bern

Der Zusammenschluss der beiden Institutionen dient der Sicherstellung einer qualitativ hochstehenden, integrierten psychiatrischen Versorgung im Kanton Bern und in den angrenzenden Regionen. Die fusionierte Gesellschaft wird ein umfassendes psychiatrisch-psychotherapeutisches Versorgungsangebot für alle Altersgruppen im Kanton Bern bereitstellen. Dabei wird die gesamte Behandlungskette von ambulanter, tagesklinischer, intermediärer bis hin zu stationärer Versorgung abgedeckt. Ergänzend wird sie Leistungen in den Bereichen Rehabilitation sowie sozialer und beruflicher Reintegration bieten. Lehre und Forschung erfolgen im Rahmen des universitären Leistungsauftrags in enger Zusammenarbeit mit der Universität Bern. Die Zusammenarbeit mit den Regionalen Spitalzentren (RSZ) soll verstärkt werden, mit dem Ziel, mittelfristig einen grossen Teil der psychiatrischen Grundversorgung wohnortsnah erbringen zu können.

UPD AG hat sich stabilisiert

Die UPD hat sich seit der Neubesetzung des Verwaltungsrats und der Geschäftsleitung im Sommer 2024 stabilisiert und weist eine positive Geschäftsentwicklung aus. Dazu der Verwaltungsratspräsident Christoph Egger: «Wir befinden uns mitten in einem positiven Turnaround. Wir haben das Unternehmen von innen heraus gefestigt. Der neue CEO, Josef Müller, gab neue Impulse und optimierte die Prozesse auf verschiedenen Ebenen.»

Für das erste Halbjahr 2025 schreibt das Unternehmen einen Gewinn von CHF 3.1 Millionen (budgetiert war ein Verlust von CHF -2.9 Millionen), die EBITDA-Marge (Verhältnis des operativen Ergebnisses vor Zinsen, Steuern, Abschreibungen und Amortisationen zum Umsatz) konnte deutlich gesteigert werden auf 5.1 Prozent (Vorjahr -4.7 Prozent). Das Darlehen von CHF 52 Millionen aus dem kantonalen Rettungsschirm wurde bislang nur zu 30 Millionen beansprucht.

«Unter der Leitung der neuen Verantwortlichen im Verwaltungsrat und der Geschäftsleitung hat sich die UPD in eine positive Richtung entwickelt», sagt Regierungsrat Pierre Alain Schnegg, Vorsteher der Gesundheits-, Sozial- und Integrationsdirektion. «Ihre Arbeit und das Engagement der neuen Führungsverantwortlichen werden innerhalb und ausserhalb der Institution sehr geschätzt.» Der Regierungsrat dankt allen Mitarbeitenden, dem Verwaltungsrat, dem CEO und der Geschäftsleitung für den grossen Einsatz.

Notiz an die Redaktionen

Auskünfte erteilt:

- Gundekar Giebel, Leiter Kommunikation, Gesundheits-, Sozial- und Integrationsdirektion, Tel. 079 306 10 40